

»WIR reden MIT«

Jugendliche beteiligen sich an einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer Kommune

Randy Haubner und Christiane Meyer

In Deutschland leben derzeit 14 Millionen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren (BMFSFJ, 2019). Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jungen Menschen sind vielseitig wie die Gesellschaft, in der sie leben. Junge Menschen für politische Aktivitäten im kommunalen Kontext zu motivieren, ist jedoch eine Herausforderung. Die mangelnde Beteiligung von Jugendlichen ist auf Faktoren wie fehlendes Vertrauen und Politikverdrossenheit sowie nicht anschlussfähige kommunalpolitische Themen zurückzuführen. Demokratie und Nachhaltigkeit brauchen aber Jugendbeteiligung. Eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung kommt der Kommune zu. Sie ist den Bürger*innen von allen politischen Ebenen am nächsten und somit für viele Jugendliche ein Lernort der Demokratie. Die in 2020 verabschiedete Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ, 2019) benennt ebenfalls neun Handlungsfelder, um eine Beteiligung von jungen Menschen zu initiieren.

Im schulischen Think-Tank des Verbundprojekts »LAZIK N²⁰³⁰« waren neben der Sensibilisierung junger Menschen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit Methoden des forschenden Lernens insbesondere folgende Fragestellungen leitend:

1. »Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?«
2. »Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?«

Infobox 1: Projektbeschreibung

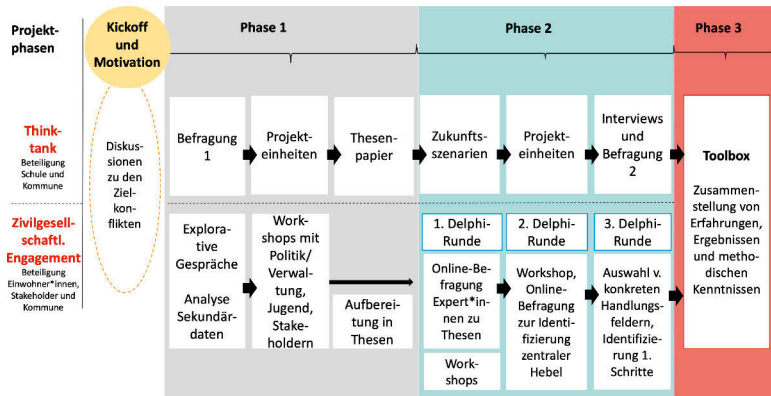
Das Projekt »LAZIK N²⁰³⁰ – LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030« ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme »Kommunen innovativ«. Wissenschaftliche Partner im Verbund sind das Fachgebiet Didaktik der Geographie der Leibniz Universität Hannover sowie die Wirtschafts- und Sozialgeographie der Universität Greifswald. Weitere Informationen zum Projekt: <https://nachhaltigkeit-toolbox.de/>.

Zusammenfassende Ergebnisse der Erhebungen im Kontext der Fragestellungen

Der Verlauf des Projekts »LAZIK N²⁰³⁰« (vgl. Abb. 1) gliederte sich in zwei Stränge und drei Phasen, die die Durchführungsphase von 2017 bis 2020 skizzieren. Die zwei Stränge bildeten die zielgruppenbezogene Vorgehensweise ab (zum einen Schüler*innen des 9. Jahrgangs von in den Kommunen ansässiger Schulen, zum anderen interessierte Bürger*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen in den Projektkommunen). Beide Stränge liefen parallel. Die Ergebnisse wurden übertragen, somit auch allen Beteiligten zur Verfügung gestellt und in die weiteren Diskussionen mit eingebunden (Haubner & Meyer, 2021, S. 10f.).

In der Analysephase (1) wurden die kommunalen Zielkonflikte der Nachhaltigkeit identifiziert, den Beteiligten vorgestellt und mittels Methoden des forschenden Lernens diskutiert. Daraufhin wurden diese in der Bewertungsphase (2) reflektiert. Anhand von Zukunftsszenarien haben die Beteiligten ihre Perspektive eingebracht und erste Lösungsansätze formuliert. Im direkten Austausch mit den Bürgermeister*innen konnten diese folglich diskutiert und weiterentwickelt werden. In der Transferphase (3) wurden die Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt, methodisch und zielgruppenorientiert aufbereitet und stehen Interessierten im Rahmen einer digitalen Toolbox zur Verfügung (LAZIK N²⁰³⁰, 2020).

Im Rahmen des schulischen Think-Tanks des Verbundprojekts wurden nach den Projekteinheiten in den Schulen (Phase 2) leitfadengestützte Interviews mit je zwei kommunalen Vertreter*innen und je zwei beteiligten Lehrkräften in den Schulen beider Kommunen durchgeführt. Ziel war es, die Methoden wie auch die Projektmaßnahmen im schulischen Kontext zu evaluieren sowie die Perspektiven für eine mögliche Weiterführung und Verste-

Abbildung 1: Projektverlauf »LAZIK N²⁰³⁰«

Quelle: Haubner und Meyer 2021, S. 10.

tigung der Kooperation Schule und Kommune zu eruieren. Aus den Ergebnissen der Interviews sowie aus den Erfahrungen und Erkenntnissen, die im Laufe der Projektdurchführung gewonnen wurden, konnten Empfehlungen für die Initiierung und Verstetigung einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Schule abgeleitet werden.

Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?

Nachdem die Schüler*innen für die Zielkonflikte der Nachhaltigkeit mit Methoden des forschenden Lernens sensibilisiert und über mögliche Szenarien in ihrer Kommunen diskutiert haben, wurde in jeder Kommune ein »Thesen- und Forderungspapier« von den jungen Menschen entwickelt, um es in einer Ratssitzung zu präsentieren und offiziell (sowie von allen beteiligten Jugendlichen signiert) an die politisch Verantwortlichen zu überreichen. Ein solches Papier ist ein wichtiges Vehikel für die Partizipation der Jugendlichen. Dadurch bekommen ihre Anliegen eine gewisse Verbindlichkeit und ihnen wird durch diesen Akt auf Augenhöhe begegnet. Auch können durch eine solche politische (Selbst-)Wirksamkeitserfahrung zuvor nicht politisch interessierte Jugendliche motiviert und überzeugt werden. Grundsätzlich ist den Jugendlichen aber auch zu vermitteln, dass politische Entscheidungsprozesse lang-

wierig sind, so dass schnelle Antworten z.B. auf ihre Lösungsansätze nicht möglich sind. In diesem Zusammenhang ist es zudem wichtig, den Jugendlichen Grundlagenwissen zu kommunalpolitischen Abläufen zu vermitteln, damit ihnen die zeitlichen Dimensionen von Entscheidungsprozessen bewusst werden. Es muss somit aufgepasst werden, dass keine Politikverdrossenheit aufkeimt, wenn die jungen Menschen viele Ideen haben, davon jedoch nur wenige politisch realisierbar sind. Daher ist es wichtig, frühzeitig darauf hinzuweisen, dass u.U. nur vereinzelt Vorschläge vonseiten der Jugendlichen aufgenommen und realisiert werden können (Meyer & Haubner, 2022).

Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?

In den Interviews mit kommunalen und schulischen Vertreter*innen wurde der positive Mehrwert der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune (und Wissenschaft) von allen Befragten herausgestellt. Weiterhin wurde erkannt, dass die Jugend eine Stimme hat und braucht, diese aber auch an entsprechenden (entscheidungsrelevanten) Stellen gehört werden muss. Als Maßnahme der Verstetigung sollte ein regelmäßiger Austausch mit dem/der Bürgermeister*in, mit einem/einer politischen Entscheidungsträger*in oder Verantwortlichen in Fachausschüssen stattfinden. Es braucht Vertrauen, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit unter und zwischen allen Beteiligten. Nur so kann eine Beteiligung auf Augenhöhe initiiert und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Darüber hinaus sollten über entsprechende Kommunikationskanäle (wie Social Media) und zielgruppengerechte Beteiligungsformate junge Menschen für eine außerschulische kommunalpolitische Partizipation motiviert werden. Auch die Ergebnisse der Shell-Studie 2019 weisen in diese Richtung (Meyer & Haubner, 2022).

Erkenntnisse und Empfehlungen auf einen Blick

Ziel des schulischen Think-Tanks ist eine Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune. Eine Kooperationsvereinbarung, die von beiden Seiten unterzeichnet wird, ist sinnvoll, um verbindlich bestimmte Maßnahmen schriftlich festzuhalten.

Maßnahmen Schule:

- Es wird eine schulische Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Projektwochen/-tage zu kommunalpolitischen Themen veranstaltet.
- Die Kooperation wird strukturell verankert, z.B. durch Austausch zwischen den Kooperationspartner*innen im Rahmen von Unterricht, in Form von AGs, im Rahmen von Schüler*innen-Vertretungen etc.

Maßnahmen Kommune:

- Es wird eine kommunale Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es wird regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, ein persönlicher Austausch mit Schüler*innen ermöglicht, z.B. in Form von außerschulischen Diskussionen, Teilnahme an Ratssitzungen, um eine Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen.
- Es werden zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen.
- Es werden zielgruppengerechte und anschlussfähige Themen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung in die kommunalen Diskussionen aufgenommen, z.B. nachhaltige Mobilität, Treffpunkte für Jugendliche, Forderungen von Fridays for Future bzw. von Jugendlichen im Kontext des Klimawandels.
- Schüler*innen werden mit ihren Anliegen ernst genommen.

Außerdem ist es notwendig, auf weiteren Ebenen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Kommune zu schaffen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im schulischen als auch im kommunalen Kontext zu initiieren bzw. zu erweitern (NAP, 2017).

Empfehlungen für Maßnahmen auf Landesebene:

- Es findet eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in den schulischen Curricula der Fächer statt.
- Es werden entsprechende Lehr-Lern-Materialien zur Verfügung gestellt.
- Es wird eine finanzielle Unterstützung bei der Initiierung und Umsetzung von schulischen Projektvorhaben im Kontext von BNE offeriert.

- Es wird eine finanzielle Unterstützung externer Partner*innen zur Begleitung der Projektvorhaben in Schulen offeriert.
- Eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften wird durch entsprechende Erlasse implementiert.

Fazit

Mit Blick auf die Ziele des Nationalen Aktionsplans (NAP, 2017) ist zu konstatieren, dass eine *citizenship in action* sowohl auf schulischer Ebene als auch auf kommunaler Ebene noch nicht angemessen verankert ist. Relevante Akteur*innen kooperieren nicht ausreichend, um eine Transformation in den Kommunen zu initiieren und umzusetzen. Um eine Kooperation hin zu einer Partizipation zu ermöglichen und aktiv zu gestalten, sollten Ansprechpersonen in allen Bereichen (Schule, Jugend, Kommune) identifiziert, zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen und didaktisches Material bereitgestellt werden (siehe Materialien in der Toolbox). Eine strukturelle Verankerung kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn alle Akteure sich verstanden, mitgenommen und gleichberechtigt nebeneinanderstehend sehen. Der Aufbau und die Umsetzung eines schulischen Think-Tanks bietet Schüler*innen die Möglichkeit, von schulischer Seite unterstützt kommunalpolitisch aktiv zu werden. Eine enge Kooperation zwischen den kommunalpolitischen und schulischen Akteuren sowie der regelmäßige Austausch der Dialoggruppen sind somit wichtige Maßnahmen, um die Weichen zu einer echten Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und kommunalen Vertreter*innen zu stellen (Meyer & Haubner, 2022).

»WIR reden MIT«. Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung einzubinden, ist eine Chance für eine transformative Bildung im schulischen Kontext. Darüber hinaus gilt es, Andockstellen für Jugendliche in den Kommunen einzurichten, sodass Forderungen nicht nur wahrgenommen, sondern auch umgesetzt werden können. Hierfür ist es wichtig, Strukturen aufzubauen oder bereits bestehende Strukturen, wie z.B. einen Jugendbeirat oder ein Jugendparlament, zu nutzen. Die aktuelle Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ, 2019) bietet Orientierung und Legitimation, um den schulischen Think-Tank und Möglichkeiten der Verstetigung einer Kooperation zwischen Schulen und Kommunen auch andernorts zu realisieren (Meyer & Haubner, 2022).

Dieser Text wurde auf der Webseite »Kommunen innovativ« veröffentlicht: <https://kommunen-innovativ.de/ergebnisse-loesungen> (Stand: 6. Juli 2020) und leicht angepasst mit freundlicher Genehmigung der Autorinnen und des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH zur Verfügung gestellt.

Literaturverzeichnis

- BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. 2. Auflage, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Haubner, R. & Meyer, C. (2021). *Partizipation von Jugendlichen an Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. Materialien für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.* (Hannoversche Materialien zur Didaktik der Geographie, Band 10). Hannover: Leibniz Universität Hannover. <https://doi.org/10.15488/11145>
- LAZIK N²⁰³⁰ (Hg.) (2020). Nachhaltigkeit Toolbox. LAZIK N²⁰³⁰. <https://nachhaltigkeit-toolbox.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Meyer, C. & Haubner, R. (2022). »WIR reden MIT« – Jugendliche partizipieren an der Entwicklung von Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. In J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hg.), *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung.* Wiesbaden: Springer. (in Bearbeitung)
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung.* Berlin: BMBF.

